

PerGlobal



Diskussion

Monterrey 2002:

**Kein globales
Übereinkommen gegen die Armut**

Monterrey, März 2002

Der Monterrey-Consensus

Mit der Unterzeichnung des Monterrey-Konsens ging im mexikanischen Monterrey die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung zu Ende. Der offiziellen Konferenz vorausgegangen war ein dreitägiges globales NGO-Forum, zu dem über 1.500 Vertreter/innen aus Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammenkamen.

Der Monterrey-Konsens, erarbeitet während insgesamt vier UN-Vorbereitungskonferenzen, soll die Antwort auf die entwicklungspolitischen Probleme geben, die sich mit fortschreitender wirtschaftlicher Globalisierung zunehmend verschärft haben. Medienwirksam untermauert haben die Verabschiedung des Kompromisspapiers nun die Staats- und Regierungschefs der EU und der USA, indem sie zusätzliche Geldmittel zur Entwicklungsfinanzierung ins Aussicht gestellt haben.

Der hohle Kompromiss von Monterrey

Doch der Monterrey-Konsens ist noch weit davon entfernt, wirkliche Lösungsmodelle für die entwicklungspolitischen Probleme in einer wirtschaftlich globalisierten Welt zu liefern. Der Text spiegelt in weiten Teilen die neoliberale Haltung der Bush-Administration wider. Strukturell verankerte Probleme, die der Umsetzung einer ökologisch nachhaltigen, sozial und wirtschaftlich gleichberechtigten und geschlechtssensiblen Globalisierung im Wege stehen, wie zum Beispiel die immer wieder verschleppte Reform der Internationalen Finanzinstitutionen, werden von den Regierungen nicht erwähnt. Alternativen, die der zunehmenden Liberalisierung von Märkten auf Kosten der Ärmsten entgegengesetzt werden können, fehlen gänzlich. Die Regierungen beschränken sich in ihrem Text auf Appelle an die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer, die Betonung von Handel und Privatinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Versprechen, künftig international besser zusammenzuarbeiten.

Unverbindliche Ziele

Besonders blamabel sind diese Unverbindlichkeiten vor dem Hintergrund der Ergebnisse des UN-Millenniumsgipfels. Dort verpflichteten sich im Jahr 2000 Regierungs- und Staatsoberhäupter, darunter auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, zur Erreichung der "Millennium Development Goals" (MDG). Diese "Entwicklungsziele" betreffen u.a. die weltweite Halbierung von extremer Armut bis zum Jahr 2015 sowie eine Reduzierung der Kindersterblichkeitsrate um zwei Drittel. Noch nicht einmal zwei Jahre später scheinen die Versprechungen in Vergessenheit geraten zu sein. Die gleichen Staatsoberhäupter machen sich unglaubwürdig, wenn sie keine ausreichenden finanziellen Ressourcen für die Ärmsten zur Verfügung stellen wollen und nicht an konkreten Reformen von Weltbank, IWF oder WTO interessiert zu sein scheinen.

Bush und der Millennium Challenge Account

Da helfen auch die von der Bush-Administration angekündigten fünf Milliarden US-Dollar zusätzlich zur US-amerikanischen Entwicklungshilfe wenig. Dieser "Millennium Challenge Account" würde nach Berechnungen der New York Times zwar eine Steigerung der US-Entwicklungshilfe um jährlich rund 15% bedeuten, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt würde allerdings immer noch bei unter 0,2% liegen. Darüber hinaus sollen die Gelder erst ab 2004 mit einer Laufzeit von nur drei Jahren zur Verfügung stehen. Es bedarf außerdem noch der Zustimmung des Kongresses, was derzeit als wenig wahrscheinlich gilt. Die USA haben zudem Grundkriterien aufgestellt, nach denen nur von den USA ausgewählte Länder berechtigt sein sollen, von den zusätzlichen

Geldern zu profitieren. Die enge Verknüpfung mit dem erklärten "Krieg gegen den Terrorismus" soll auch hier die von den USA bestimmte Richtlinie bilden. Dass einzelne Regierungen bilateral festlegen, welche Länder zu welchen Zwecken Entwicklungsgelder bekommen, ist ein der Hauptkritikpunkte seitens der NGOs.

Mindestfinanzierung

Die UN-Entwicklungsprogramm UNDP und die Weltbank haben ausgerechnet, dass diese Summe so oder so nicht ausreicht. Mindestens 50 Mrd. US\$ sind notwendig, um die globale Armut wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Europäer stehen nicht besser da. Ihre Ankündigung, ab 2006 ihre Entwicklungshilfe um rund 4 Milliarden Euro jährlich anheben zu wollen (durchschnittlich etwa 0,4% des Bruttoinlandsprodukts) ist weit von dem 0,7%-Ziel entfernt, auf das sich in ferner Vergangenheit die Industrieländer als eine faire Summe geeinigt hatten.

Das Foro Global

Lösungen und Alternativen

Der offiziellen UN-Konferenz voraus ging das Foro Global. Vertreter/innen von Zivilgesellschaft und NGOs diskutierten ebenfalls in Monterrey über Konzepte, Strategien und Lösungen, die aus der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Krise in den Ländern des Südens führen sollen.

Den NGOs geht es nicht nur um eine Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe, wie von der nationalen und internationalen Presse immer gemeinhin angenommen. Vielmehr sollen verstärkt heimische Ressourcen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft mobilisiert werden. Internationale Finanzquellen wie Auslandsinvestitionen und andere private Kapitalflüsse sollen sozial und ökologisch umgestaltet, der internationale Freihandel reguliert sowie die Kontinuität und bessere Abstimmung von internationalen Geld-, Finanz- und Handelssystemen verbessert werden.

Keine dieser Forderungen greift der Monterrey-Conensus auf. Er enthält so gut wie keine konkreten Verpflichtungen zur weltweiten Armutsbekämpfung und keine neuen Ideen und Vorschläge, um die internationale Finanzkrise, in der sich viele Länder des Südens befinden, zu lösen. Statt dessen schreibt er die neoliberale Politik der letzten Jahre fort, die nicht nur keine Auswege in der Armutsbekämpfung gezeigt, sondern die Situation in vielen Ländern noch verschlechtert hat.

Das NGO Monterrey Statement

Am Ende stand das während des Forums erarbeitete "Monterrey Statement" der NGOs, das sowohl auf der NGO-Abschlussveranstaltung als auch im Rahmen einer Nebenveranstaltung am Eröffnungstag der offiziellen UN-Konferenz vorgestellt wurde. Die Forderungen beinhalten u.a.:

- mehr Transparenz im internationalen Finanzsystem mit dem Ziel der Stabilisierung der globalen Märkte
- verstärkte Einbindung des Privatsektors unter festgelegten sozial und ökologisch ausgerichteten Regeln
- die Umsetzung alternativer Finanzierungsmodelle wie der Tobin-Steuer

Den verschuldeten Ländern muss zudem eine nachhaltige Schuldenerleichterung und -streichung ermöglicht werden, die faire und transparente Schiedsverfahren beinhaltet. Natürlich fehlt auch die Forderung nach einem verbindlichen Zeitplan zur Erreichung des UN-Zieles von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe nicht.

Der schwache Punkt: die UNO

Nette Worte...

UN-Generalsekretär Kofi Annan und sein Stellvertreter Nitin Desai hatten ebenfalls nur wenig Konkretes zu bieten. So forderte Annan einen Pakt zwischen Arm und Reich und betonte zum wiederholten Male, dass über eine Milliarde Menschen - ein Fünftel der Weltbevölkerung - ihren Lebensunterhalt mit weniger als einem Dollar pro Tag bestreiten müssen. Desai bedankte sich ein um das andere Mal bei den Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und den NGOs für ihr Engagement - eine zweifellos freundliche Geste, doch völlig unglaubwürdig, wenn NGOs bei den offiziellen Verhandlungen um den Monterrey-Konsens nicht an den Verhandlungen teilnehmen durften und keine ihrer Forderungen in das offizielle Dokument eingegangen ist.

...und wenig Konkretes

Die Taktik der Vereinten Nationen, die schon ein vages Versprechen der Industrieländer loben, ihre Entwicklungshilfe auf ein immer noch völlig unzureichendes Maß anzuheben, scheint wenig zeitgemäß. Die Frage stellt sich, in wieweit die UN in der Lage ist, die anstehenden globalen Konzepte zu einer nachhaltigen, gleichberechtigten Entwicklung zu formulieren und umzusetzen. Gerade in den sogenannten "harten Themenfeldern" wie der Finanzpolitik sind die tragenden Akteure die internationalen Finanzinstitutionen, die Regierungen der Industriestaaten und der Privatsektor - nicht die betroffenen Bevölkerungsschichten. So hielten es weder die Privatwirtschaft noch die Welthandelsorganisation (WTO) für nötig, Vertreter/innen zum NGO-Forum zu entsenden. Die Weltbank und der Weltwährungsfonds (IWF) blieben ebenfalls - bis auf wenige Ausnahmen - dem Foro Global fern.

Ausblick

Treffen wie das Foro Global in Monterrey, aber auch vorausgegangene Veranstaltungen, wie das Weltsozialforum in Porto Alegre, zeigen, dass Konzepte zu einer weltweiten sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung vorhanden sind.

Der immer stärker werdende Austausch mit Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen und deren Fähigkeit, sich bei allen noch so unterschiedlichen Hintergründen auf eine gemeinsame Position einigen zu können, geben Hoffnung, dass sich, wenn auch nur sehr langsam und oftmals zäh, etwas an den globalen Bedingungen ändern kann.

Dass der Weg dorthin noch ein weiter ist, zeigt sich jedoch in dem unverbindlichen offiziellen Monterrey-Konsens. Wieder einmal scheinen die Industriestaaten kein Interesse zu haben, die anhaltenden globalen Probleme konstruktiv zu lösen. Altbekannte Phrasen und medienwirksam in Szene gesetzte Geldgeschenke sind bei weitem nicht ausreichend, zu einer nachhaltig globalen, sozial gleichberechtigten Welt zu gelangen.

Kontakt: info@perglobal.com